

ILLEGALER ABRISS

Empörung alleine reicht nicht

VON HUBERT GRUNDNER

Am Samstag waren fast ganz Giesing und viele Besucher aus der Stadt auf den Beinen. Trotz eher bescheidenen Wetters feierten sie bei einem Kulturfestival mit Dutzenden Veranstaltungen die Vielfalt des Stadtviertels. Teilweise ist sogar das Bier ausgegangen – beim Gesprächsstoff war das nicht der Fall, im Gegenteil. Schnell hatte sich am Wochenende die Nachricht vom Abriss des denkmalgeschützten Handwerkerhauses an der Oberen Grasstraße verbreitet. Worauf heftige Diskussionen über die anscheinend beispiellose Geldgier der Immobilienspekulanten entbrannten.

Allerdings bedarf es inzwischen eben schon eines solchen Ausmaßes an Dreistigkeit wie in diesem Fall, dass dies noch quer durch die Stadtgesellschaft Reaktionen auslöst. Denn längst haben sich die Bürger – auf niedrigerem Niveau – an ein anderes, ebenfalls schabriges Ritual gewöhnt. Monat für Monat etwa legen in den Bezirksausschüssen die Baumschutzbeauftragten ihre Berichte vor. Meist geht es darum, ob im Zuge von Bauvorhaben Bäume gefällt werden dürfen. Und meist berichten die Beauftragten von Fällen, in denen den Bauherren die Antwort nicht interessiert hat – eine Eiche, Buche oder was auch immer musste zum Beispiel einem Anbau weichen. Die Reaktion der Lokalpolitiker erschöpft sich oft in einem Schulterzucken.

Und so geht es weiter, vor allem bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen: Da machen Spaß-Guerillas rund um die Uhr möglichst viel Lärm und Dreck im Haus. In einem anderen Haus geht bei der Sanierung zufällig die Heizung kaputt. Oder es wird kurz vor einem Gewitterregen das Dach abgedeckt – und dann übers Wochenende vergessen. So vertreibt man Mieter. Diese Beispiele passierten im Übrigen gar nicht weit vom Ort des jüngsten Skandals mit dem zerstörten Giesinger Baudenkmal. Im Grunde handelt es sich dabei um eine Kampfansage an die Gesellschaft. Empörung wird als Antwort darauf nicht genügen. Es braucht ein schärferes rechtliches Instrumentarium.

VON ALFRED DÜRR
UND HUBERT GRUNDNER

München – Der hastige Abriss des unter Denkmalschutz stehenden Handwerkerhäuschens in Giesing kann die Verantwortlichen teuer zu stehen kommen. Das städtische Planungsreferat kündigte an, alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten ausschöpfen zu wollen. Unter anderem droht ein Bußgeld in sechsstelliger Höhe. Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) sprach am Montag von einem Skandal und will „mit aller Härte gegen die Verantwortlichen vorgehen“.

Am vergangenen Donnerstagnachmittag war der Bagger an der Oberen Grasstraße 1 aufgefahren. Anwohner alarmierten die Polizei. Die städtische Bauaufsicht, die Lokalbaukommission, sei unverzüglich gekommen und habe einen Baustopp sowie die Absicherung der Baustelle verfügt, teilt die Stadt mit. Darüber sei auch der Bauherr informiert worden. Dieser habe am Telefon erklärt, dass die Arbeiter keinen Abrissauftrag gehabt hätten und er die Tätigkeiten kritisch verfolgen würde.

Dennoch seien schon am darauffolgenden Tag die Abrissarbeiten „erneut und in großer Eile“ erfolgt, so die Stadt – „bevor die wiederum zur Oberen Grasstraße gerufenen Behörden eingreifen konnten“. Ein für den Stadtteil identitätsstiftendes und als Teil der ehemaligen Feldmüllersied-

lung unter Denkmalschutz gestelltes Gebäude aus dem Jahr 1840 sei unwiederbringlich zerstört worden. Die Polizei hat inzwischen Anzeige gegen den Geschäftsführer der Baufirma erstattet. Generalkonservator Mathias Pfeil, Leiter des Landesamts für Denkmalpflege, nennt das „dreiste Vorgehen“ in Giesing erschreckend und beklagt „einen immensen Verlust für das bauliche Erbe Münchens“. Pfeil sagt: „Ich halte diesen Präzedenzfall, gerade in München angesichts des hohen Baudrucks, für außerordentlich gefährlich.“

Ein „derart rücksichtsloses und rechtswidriges Vorgehen“ will die SPD künftig verhindern

Nach dem Bayerischen Denkmalschutzgesetz haben Eigentümer eines Baudenkmals ihren Besitz „instandzuhalten, instandzusetzen, sachgemäß zu behandeln und vor Gefährdung zu schützen, soweit ihnen das zuzumuten ist“. Wer dieser Pflicht nicht nachkommt, muss mit einer Geldbuße von bis zu 250 000 Euro rechnen.

In der Nachbarschaft mag sich die erste große Welle der Wut über den Abriss des Handwerkerhauses gelegt haben. Dafür werden jetzt in Giesing die Stimmen lauter, die nach drakonischen Strafen für die Verantwortlichen rufen. Nur um Reibach zu machen, sei das „mutmaßlich eine krimi-

nelle Sache gelaufen“, sagt Carmen Dullinger-Oßwald (Grüne), die Vorsitzende des Bezirksausschusses (BA) Obergiesing-Fasangarten. „Dagegen muss mit den schmerzhaftesten Mitteln vorgegangen werden.“ Die Stadt müsse ein deutliches Signal senden, damit sich so etwas nicht wiederhole. Vor allem dürfe ein solcher Verstoß gegen Recht und Gesetz am Ende nicht auch noch mit höherem Baurecht be-

lohnt werden, sagt Dullinger-Oßwald. Viele Nachbarn wie Matthias Rajmann hegen von Anfang an einen Verdacht: Durch den Abriss sollten Fakten geschaffen werden, um in Anlehnung an den Paragraphen 34 des Baugesetzbuches („Einfügungsgebot“) anstelle der ursprünglich vorgesehenen Renovierung des kleinen Baudenkmals eine Bebauung bis auf die Traufhöhe der Nachbargebäude zu erreichen.

Auch der Ortsverband Giesing-Haraching der Grünen zeigt sich empört. Er verlangt, dass die Lokalbaukommission zur nächsten Sitzung des Bezirksausschusses erscheine. „Wir werden die Lokalbaukommission auffordern, drastische Konsequenzen aus diesem kriminellen Vorgehen zu ziehen“, kündigt Joachim Lorenz an, BAFraktionsvorsitzender der Grünen und langjähriger Umweltreferent der Stadt.

Ähnlich harsche Kritik übt der SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Alexander Reissl. Der Denkmalschutz sei dazu da, den Charakter der Stadt und ihrer Viertel zu bewahren. Dass ihn jemand missachte, sei nicht hinnehmbar. „Außerdem muss geklärt werden, was auf dem Grundstück geschieht und wie ein derart rücksichtsloses und rechtswidriges Vorgehen künftig verhindert werden kann“, sagt Reissl.

Die Stadtratsfraktion von Grünen/Rosa Liste erkundigt sich in einer Anfrage nach den Ursachen und den Konsequenzen dieses „kriminellen Vorgehens“. Zugleich fordert Fraktionschefin Gülseren Demirel ein konsequenteres Vorgehen gegen Spekulantentum auf dem Immobilienmarkt: „Unter Umständen brauchen wir auch schärfere Gesetze gegen derartig bedenkenlose Zerstörung von historisch gewachsener Bausubstanz“, so Demirel. „Für einen Fall wie die Obere Grasstraße könnte auch Enteignung eine gerechte Strafe sein.“

➤ **Kommentar**

Killing Giesing

Nach der Zerstörung eines unter Denkmalschutz stehenden Hauses will die Stadt „mit aller Härte gegen die Verantwortlichen vorgehen“. Der Bauherr gibt sich ahnungslos, doch der Generalkonservator spricht vor einem „außerordentlich gefährlichen“ Präzedenzfall



Die Stadt hatte verboten, das Haus an der Oberen Grasstraße abzureißen. Als am Freitag der Bagger kam, konnte sie es, wie sie sagt, nicht mehr verhindern. FOTO: MICHAEL SEITZ